

Teil des Klassenkampfes

Gegen die Totalitarismus-Doktrin: Europäische Kommunisten diskutierten über Widerstand angesichts der Verharmlosung des Faschismus in der EU

Von Oliver Wagner, Brüssel



Kongreß der Kommunisten: Die Führungsspitze der griechischen KKE während der Podiumsdiskussion
Foto: Oliver Wagner

Unter dem Motto »Es gibt nur eine historische Wahrheit – die von den Völkern geschrieben wurde« fand am Freitag vergangener Woche das vierte

Europäische Treffen über Bildung statt, zu dem die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) in das EU-Parlament nach Brüssel eingeladen hatte. Von den 24 teilnehmenden kommunistischen und Arbeiterparteien hatten viele aktive oder ehemalige Professoren, Lehrer oder Hochschulaktivisten geschickt, um – so Nikos Sofianos, Bildungsverantwortlicher der KKE, in seinem Referat – die »systematische Verfälschung der Geschichte seit der Konterrevolution in Osteuropa«, die vor allem auf nach 1990 geborene Schüler und Studenten abziele, zu analysieren und Gegenstrategien zu entwickeln.

Sofianos erinnerte daran, daß die Parlamentarische Versammlung des Europarates (PACE) vor vier Jahren eine Resolution über »Die Notwendigkeit einer internationalen Verurteilung der Verbrechen totalitärer kommunistischer Regime« verabschiedet hat. Hinzu komme, daß die EU, der es bereits zu verdanken sei, daß am 9. Mai nicht mehr der Tag des Sieges der Völker über den Faschismus, sondern ein sogenannter Europatag begangen wird, im vergangenen Jahr vorschlug, am Jahrestag des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts vom 23. August 1939 einen »europaweiten Tag der Opfer des Stalinismus und Nationalsozialismus« zu begehen. Und als im November 2009 in Berlin der 20. Jahrestag des »Mauerfalls« begangen wurde, sei die antikommunistische Stimmung erneut hochgekocht worden.

Mit solchen Kampagnen solle das Wesen des aus dem Imperialismus hervorgegangenen Faschismus verschleiert, der überragende Anteil der Sowjetunion und der kommunistischen Partisanen an der Zerschlagung des Faschismus geleugnet und die bürgerliche Ideologie reproduziert werden, um so zu verhindern, daß die Menschen im Sozialismus eine Alternative sehen. Dies zeige, »daß das Geschichtsbewußtsein Teil des Klassenkampfes« und die historische Forschung »ein wichtiges Werkzeug im Kampf um den Sozialismus« sei. »Wir machen uns keine Illusionen, daß es möglich wäre, die heute in den Schulen verwendeten Geschichtsbücher zu ändern, ohne das gesamte Bildungssystem, die Wirtschaft und die Machtverhältnisse zu verändern.«

Während der – nach einhelliger Ansicht der Konferenzteilnehmer erst durch das Münchner Abkommen zwischen Hitler, Mussolini, dem britischen Premier Chamberlain und dessen französischem Amtskollegen Daladier provozierte – deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt im Mittelpunkt fast sämtlicher Redebeiträge von Vertretern aus Rußland (KPRF und Kommunistische Arbeiterpartei), dem Baltikum und anderer ehemals zur Sowjetunion gehörender Staaten stand, analysierte Arnaud Staquet vom belgischen Institut für Marxistische Studien ein im frankophonen Landesteil verwendetes Geschichtsbuch. Darin werde der Zweite Weltkrieg auf zwei Seiten abgehandelt, eine weitere Doppelseite sei der »Welt der Konzentrationslager« gewidmet, wobei die Vernichtungslager der Nazis mit den Straflagern in der Sowjetunion gleichgesetzt würden, und zwei Seiten dem »Rassismus, der Grundlage des Nazismus«.

»So wird alles getan, damit junge Menschen nur zwei Dinge verstehen: ›Die Ursache des Krieges war der Judenhaß der Nazis‹ und ›Kommunismus ist dasselbe wie Faschismus‹«. Eine solche Verzerrung der Geschichte sei freilich nur möglich, weil das Schulbuch die Rolle der Widerstandsbewegung nur am Rande erwähne und kein Wort über die Führungsrolle der wiederum von der belgischen KP geführten »Front de l'Indépendance et des Partisans Armés« verloren werde.

In Frankreich, wo nach dem Zweiten Weltkrieg fast sämtliche Intellektuellen links und »pro-UdSSR« eingestellt gewesen seien, sei es in den 80er Jahren zu einem Bruch gekommen, so Annie Lacroix-Riz, Professorin für Zeitgeschichte an der Universität Paris VII, die in den vergangenen 20 Jahren Zeugin »einer dramatischen Regression der Allgemeinbildung, vor allem der historischen Bildung« wurde. Derzeit sei in Frankreich das öffentliche Statut und damit die intellektuelle Unabhängigkeit der Lehrenden in Gefahr.

Nako Rainow Stefanow von der Partei der Bulgarischen Kommunisten schlug vor, eine internationale Organisation kritischer Historiker und Geschichtsstudenten zu gründen, die bis zum 70. Jahrestag des 8. Mai 1945 »die Wahrheit über die Geschichte des Zweiten Weltkrieges« zusammentragen und vornehmlich über das Internet verbreiten solle. Denn – so das Fazit von Mauricio Miguel von der Portugiesischen KP – »die andauernde Kampagne gegen die Kommunisten zwei Jahrzehnte nach der Niederlage des Sozialismus in Osteuropa ist auch ein Zeichen der Schwäche des kapitalistischen Systems und seiner historischen Begrenztheit«.